# Bürgerliste Wiesbaden

Informationsschrift der Rathausfraktion Bürgerliste Wiesbaden Nr. 1 - 2011


Die Rathausfraktion informiert

# Bürgerdemokratie statt Parteienherrschaft

Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in Wiesbaden hat sich in der Zeit von 1989 bis 2006 von 70,5 % auf 39,6 % nahezu halbiert. Das ficht die Parteien nicht an, Hauptsache es gelingt ihnen, an der Macht zu bleiben, nach der Wahl wird dann weitergemacht wie vor der Wahl. Deshalb wird auch vorher nicht zuviel verraten, in den wichtigen Punkten bleibt man lieber vage, um dann, wenn man die nötigen Mehrheiten zusammen hat, zu machen, was man will.

Vor der Wahl gibt es Scheinkämpfe, zum Beispiel jetzt zwischen CDU und SPD, die doch offenbar nach der Wahl eine große Koalition bilden wollen. Das Publikum soll den Eindruck gewinnen, daß wirkliche Alternativen vorlägen. In Wahrheit ist man sich in vielen Hauptpunkten schon einig und vermutlich sind auch die Posten schon verteilt. Die werden dann wahrscheinlich wieder, anders als der Gesetzgeber es will, nach Parteibuch und nicht nach Qualifikation vergeben, was dazu führt, daß keine neuen Ideen in die Stadtpolitik gelangen.

Wir haben 1994 den Bürgerentscheid am Dernschen Gelände organisiert und mit 86% der Stimmen gegen die Mehrheit der Rathausparteien gewonnen. Daraus haben die nicht etwa die Folgerung gezogen, daß es mehr Bürgereinfluß geben muß, sondern im Gegenteil: daß so etwas nie wieder passieren

*Das Dernsche Gelände* *Foto: T. Reiß*

## Inhalt


Bürgerdemokratie statt Parteienherrschaft.....1
Streit um Werbeflächen.....2
Steuergeld für den Ball des Sports?.....3
Möbelmarkt contra Möbelmarkt.....4
European Business School.....5
Stadtmuseum.....6
Komponistenviertel und Paulinenhang.....6
Gestaltungs- und Denkmalbeirat.....7
Platz der Deutschen Einheit/Faulbrunnenplatz.....8
Rein-Main-Hallen.....9
City-Passage.....9
Der Hinterhof des Liliencarrés.....10
Umweltzone und Stadtplanung.....11
Umweltbilanz Wiesbaden.....12
Windkraftanlagen auf den Taunushängen.....13
Sauberkeit.....14
Reorganisation des Ausländerbeirates.....14
Veranstaltung mit Hans-Peter Raddatz.....15
Westend.....16
Sonnenberg.....17
Biebrich.....18
Stadtteilentwicklung Breckenheim.....19
Spielhallenunwesen.....20

darf. In Deutschland insgesamt nimmt der Bürgerunmut gegenüber den Parteien zu, und es ist interessant zu sehen, wie die Parteien auch davon noch zu profitieren zu versuchen, indem sie von früheren Positionen, zumindest zum Schein, Abstand nehmen und mehr Bürgerbeteiligung fordern, die sie doch längst hätten einführen können.
Es kommt gerade darauf an, zwischen den Wahlen den Bürgern mehr politische Mitwirkung zuzugestehen. Dazu müßte die Politik zunächst die Organisation von Bürgerbehren erleichtern, das ist allerdings Landessache und man sollte die Parteien im Landtag anstacheln, sich endlich an diese Sache machen.
Zur wahrhaftigen Bürgerbeteiligung gehören auch repräsentative Umfragen bei wichtigen Angelegenheiten und die Rücksichtsnahme auf das Ergebnis. Ferner dürfen die Bürgerversammlungen nicht als Alibi-Veranstaltungen gehandhabt werden. Bisher geht die Verwaltung eigentlich immer so vor, daß sie Sachen lange unter Verschluß hält, weil sie noch nicht konkretisiert seien, und wenn sie dann mit Plänen hervor kommt, kann der kritische Bürger höchsten an Kleinigkeiten noch etwas ändern. Das Baugesetzbuch sieht aber vor, daß wichtige Bauvorhaben im Anfangsstadium der Planung, wenn noch Alternativen möglich sind, zur Diskussion vorgelegt werden.
Das Stadtparlament muß offen bleiben für Meinungen aus der Bevölkerung. Diese Offenheit wird jedoch verhindert durch feste Koalitionen, die sich selbst durch Knebelverträge fesseln. Wir haben das an dem Schlamassel mit der Jamaika-Koalition gesehen. Da werden dann Entscheidungen, die auch Stadtverordnete der Koalition zum Teil nicht richtig finden, mit Hilfe des Fraktionszwangs durchgesetzt. Unsinnige Vorhaben wie das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue konnten nur durch einen Koalitionsbruch verhindert werden. Die Stadtverordnetenversammlung sollte ein Spiegelbild der Bevölkerung sein. Daß ausgewählte Parteien das alleinige Verfügungsrecht über die Stadt bekommen und auf andere Stimmen keine Rücksicht mehr nehmen müssen, widerspricht dem und fördert die Arroganz der Macht. Außerdem führt es zu einer Unbeweglichkeit in der Politik.
Die Beweglichkeit kann nur durch wechselnde Mehrheiten gewährleistet werden. Diese Entscheidungsform führt keineswegs zum Chaos, sondern bringt wahre lebendige Demokratie. Die allermeisten Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung werden von einer großen Mehrheit einvernehmlich gefaßt. Und die wenigen kontroversen Themen müssen eben kontrovers abgehandelt werden, mit einem Austausch aller relevanten Argumente, nicht unter dem Zwang, daß eine Koalition zusammengehalten werden muß. Letztlich ist jeder Stadtverordnete nur seinem Gewissen verantwortlich, so will es unsere Verfassung.

Michael von Poser

# Streit um Werbeflächen

Die Verwaltung wollte die Vergabe der Werbeflächen neu ordnen und so auch die Einnahmen der Stadt erhöhen. Zu dem Zweck wurde ein Wettbewerb abgehalten, der sich über Monate hinzog und aus dem die Firma Wall als Sieger hervorging. Die Bürgerliste war in dem Auswahlgremium vertreten, und wir können bestätigen, daß das Verfahren fair abgelaufen ist. Wall hat unbestreitbar das beste Angebot abgegeben.
Wir haben unsere Zweifel, was die Verträglichkeit der Werbeträger mit dem Stadtbild angeht. So sollen z.B. die vorhandenen Haltestellenhäuschen durch einen neuen Typus ersetzt werden, der uns eher jämmerlich erscheint. Ein großer Vorzug der Firma Wall ist, daß sie sich an Werbung auf Privatgrundstücken wenig interessiert zeigt.
Anders die Firma Ströer. Sie will gerade die Werbeträger auf Privatflächen vermehren. Diese beiden Marktgiganten liefern sich auch in anderen Städten Kämpfe um Marktanteile, es geht um viele Millionen und man muß befürchten, daß Wiesbaden, wenn beide zum Zug kommen, vollgestopft wird mit City Light Boards, Leuchtsäulen und allem möglichen Zeug und man die Stadt vor lauter Reklame nicht mehr sieht. Der Wettbewerb sollte ja gerade einer solchen Entwicklung den Riegel vorschieben.
Völlig unerwartet haben CDU und SPD nach Abschluß des Wettbewerbs mit ihrer Mehrheit dessen Ergebnis aufgehoben. Offenbar wollte man der Firma Ströer, die angekündigt hatte zu klagen, nachträglich doch einen Marktanteil verschaffen. Damit wurde ein höchst bedenklicher Präzedenzfall geschaffen, der weitläufige Gerichtsverfahren nach sich ziehen wird. Die dubiose Entschei-

dung von CDU und SPD wurde mit Rechtsunsicherheit begründet. Daß dies ein vorgeschobenes Argument war, zeigt schon folgender Umstand: zur Vergabe wurde ein teures Rechtsgutachten eingeholt – es soll mehrere hunderttausend Euro gekostet haben – und dieses Gutachten rät dringend davon ab, das Wettbewerbsergebnis nachträglich aufzuheben. Die SPD hat sich gerühmt, anders als andere in der Sache nicht festgelegt zu sein, wohlgemerkt nach Ende des Auswahlverfahrens, an welchem die SPD beteiligt war. Was die wahren Gründe für die Intervention von CDU und SPD waren, bleibt im Dunkeln, man kann da nur spekulieren, und es wird auch munter spekuliert.

Am 1. Januar 2011 sollte Wall in seine Rechte als Wettbewerbssieger eintreten. Das wurde durch den erwähnten Beschluß verhindert. Zuerst klagte Ströer, dann klagte Wall. Inzwischen ist ein eher komischer Streit um ein Schiedsgericht entbrannt, welches doch gar nichts endgültig entscheiden kann. Fraglich bleibt zudem, wer in der Interimszeit in Wiesbaden Werbeflächen nutzen darf. Die Auseinandersetzungen können endlos dauern. Für Rechtsanwalts- und Gerichtskosten muß die Stadt große Summen aufwenden, gleichzeitig entgehen ihr Einnahmen. Ein Stück bester Wiesbadener Kommunalpolitik.

Michael von Poser

*Ströer darf die Werbeflächen nicht mehr nutzen.*
*Foto: T. Reiß*

# Steuergeld für den Ball des Sports?

Der Ball des Sports ist eines der herausragenden gesellschaftlichen Ereignisse in Deutschland und als Wiesbadener finde ich es natürlich sehr gut, daß eine solche Veranstaltung in unserer Stadt stattfindet, zumal die Förderung des Sports eine wichtige Aufgabe darstellt. Doch bei genauerem Hinsehen stellt sich die Frage, ob es zu den Aufgaben einer defizitären Kommune gehört, jedes Jahr rund 400.000 EUR Steuergelder (darin inbegriffen ist die Miete der Rhein-Main-Hallen, die Kosten für Ver- und Entsorgung, die Ausstattung, der Programmzuschuss, ein Shuttle-Service usw.) dafür aufzuwenden, daß dieser Ball hier stattfinden kann.

Beim Ball des Sports kommen insgesamt über 3 Millionen EUR an Einnahmen zusammen (Inserate, Spenden, Eintrittsgelder, städt. Zuschuss etc.), der Sporthilfe fließen davon nur 700.000 EUR zu. Anfangs wurde behauptet, der Steuerzahler werde nicht beansprucht, da man genügend Sponsoren finden werde. Dies war jedoch nicht der Fall und im Januar 2008 beschloss der Magistrat, die Zusammenarbeit mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe nicht fortzusetzen, falls sich 2009 wieder keine Sponsoren in ausreichendem Maße beteiligen würden. Nach intensiver Suche wurde dann ein Großsponsor gefunden, der die von der Sporthilfe geforderten restlichen 200.000 EUR beisteuerte – die Wiesbadener Spielbank. Bei den 200.000 EUR handelt es sich jedoch um die Konzessionsabgabe, die die Spielbank an die Stadt abzuführen hat und die damit der Stadt nun für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung steht. Wir sind also jetzt bei rund 600.000 EUR städtischer Unterstützung.

Ein weiterer Punkt, der nicht vergessen werden sollte, sind die defizitären und maroden Rhein-Main-Hallen. Nur durch den Bau des neuen Foyers, das den Steuerzahler über 8 Millionen EUR kostete, konnte der Ball des Sports von Frankfurt zurück nach Wiesbaden geholt werden. Die Baukosten belasten noch heute das Budget der Hallen und auch der Stadt. Inwieweit dieses Foyer bei einem Abriss der Hallen überhaupt weiterhin Bestand haben wird, steht noch in den Sternen.

Die Stadt unterstützt die Deutsche Sporthilfe also mit erheblichen Finanzmitteln auf direktem und indirektem Weg, schade nur, daß die Stadt Wiesbaden auf der offiziellen Internetseite der Sporthilfe unter den Sponsoren nicht genannt wird.

Richtig ärgerlich ist, daß wenige Tage vor der Veranstaltung die aktuelle Presseerklärung zum Ball des Sports auf besagter Seite sogar suggerierte, der Ball des Sports 2011 fände in Frankfurt a.M. statt. Fair ist das nicht.
Daß die städtischen Fördergelder gut angelegt sind, wird hauptsächlich mit dem Imagegewinn für unsere Stadt begründet. Der ist jedoch schwer zu berechnen und wird vermutlich doch sehr überschätzt. Ob wirklich mehr Touristen nach Wiesbaden kommen, weil dieser Abend hier gefeiert wird? Ich denke eine gute in Wiesbaden spielende Fernsehserie wie „Der Staatsanwalt“, die unsere Stadt immer wieder von ihren interessantesten Seiten zeigt, ist wesentlich werbewirksamer.
Mit den 600.000 EUR für den Ball des Sports könnten jedenfalls viele andere sinnvollere Dinge getan werden. So ein Ball ist schnell vergessen, wir brauchen nachhaltige Investitionen, die den Menschen in unserer Stadt direkt zu Gute kommen. Daher bin ich der Meinung, daß die Stadt Wiesbaden in Zukunft nicht mehr für den Ball des Sports zahlen soll.

Thorsten Reiß

*Das neue Foyer der Rhein-Main-Hallen* *Foto: T. Reiß*

# Möbelmarkt contra Möbelmarkt

Die Bürgerliste ist grundsätzlich gegen die Errichtung neuer Großmärkte auf der grünen Wiese, weil diese dem Einzelhandel in der Innenstadt Konkurrenz machen, ferner wegen der damit verbundenen Verkehrsprobleme und natürlich auch wegen des Landschaftsverbrauchs. Möbelmärkte verdienen oft nicht in erster Linie durch den Möbelverkauf, sondern durch das Randsortiment, daß heißt durch alle möglichen anderen Waren- und Dienstleistungsangebote, es sind in Wahrheit Großkaufhäuser.
Die Stadt hätte gern am Petersweg ein solches Möbelhaus angesiedelt, nachdem es sich als zu schwierig erwiesen hat, die dortigen Gewerbeflächen zu vermarkten. An der Äppelallee besteht ein solches Haus, nämlich Mann Mobilia. Die Idee war, Mann Mobilia dazu zu bringen, sich nicht an der Äppelallee, sondern eben am Petersweg zu erweitern. Nun hat man aber vor Jahren den Firmen an der Äppelallee und an der Hagenauer Straße schier gigantische Vergrößerungsmöglichkeiten eingeräumt, ohne zu bedenken, daß die vorhandenen Straßen den dadurch entstehenden Verkehr gar nicht aufnehmen können, ganz abgesehen davon, daß es dort auch Wohnbevölkerung gibt, die die Autoflut aushalten muß. Das war die Weisheit der Planer von damals.

*Der Möbelmarkt in Biebrich* *Foto: T. Reiß*

Mann Mobilia hat also den Umzug an den Petersweg gar nicht nötig, und die Betreiber haben inzwischen auch einen Bauantrag gestellt, mit dem die Verkaufsfläche an der Äppelallee fast verdoppelt werden soll. Unsere Verwaltung hält an der Fiktion fest, daß man die Firma noch überreden könnte, auf eine Erweiterung am jetzigen Standort zu verzichten und dafür in Kastel ein neues Haus aufzumachen, obwohl dort die Vorbedingungen noch gar nicht geschaffen sind, die Stadt verfügt z.B. nicht über alle Grundstücke. Wie die Dinge stehen, ist es nicht ausgeschlossen, daß Mann Mobilia sich an der Äppelallee erweitern und dann noch zusätzlich einen Markt am Petersweg aufmachen will.
Wir waren durch die unsinnigen Zugeständnisse, die die Stadt-

planung von einst gemacht hat, gezwungen zwischen zwei Übeln zu wählen. Wenn es zu einer Entscheidung zwischen den beiden Standorten kommen würde, was wir für höchst unwahrscheinlich halten, wäre für uns der Petersweg, was die Zumutbarkeit angeht, eine Idee vertretbarer. Wie die Sache steht, wird Mann Mobilia an der Äppelallee bauen, und man muß aufpassen, daß am Petersweg nicht doch noch ein zweiter Schauplatz aufgemacht wird.
Sowohl an der Äppelallee wie am Petersweg gibt es eine Bürgerinitiative, die vollkommen zu recht und mit guten Gründen, gegen die jeweiligen Möbelmarktpläne kämpft. Die großen Rathausparteien haben sich auf diese oder die andere Seite geschlagen, die CDU und FDP unterstützen die Biebricher, SPD und Grüne die Kasteler. Und so drischt man seit langem aufeinander ein. Das ist das St. Floriansprinzip in Reinformat. Es wäre schön, wenn die Initiativen miteinander sprächen, die Parteien eine unvoreingenommene Abwägung vornähmen und man dann gemeinsam den Versuch unternähme, den Schaden zu begrenzen.

Michael von Poser

# European Business School

Es gibt eigentlich keinen vernünftigen Grund gegen die Ansiedlung einer privaten Hochschule in Wiesbaden, da das neben einem möglichen Ansehensgewinn wirtschaftliche Vorteile bringt und in diesem besonderen Fall ein Stadtviertel, nämlich das rund um die Moritzstraße, belebt werden soll. Wir waren deshalb von Anfang an dafür, daß die European Business School in das verlassene Gerichtsgebäude einzieht, und haben auch zugestimmt, daß die Stadt Geld für die Sanierung des Gebäudes ausgibt. Insofern ist der Vorwurf, wir seien erst dagegen und dann dafür gewesen, also umgefallen, absurd.
Allerdings muß man sagen, daß unsere Politiker durch ihre Vorgehensweise die Unterstützung für das Projekt wirklich schwer machen. Zunächst einmal haben sie den üblichen Architekturwettbewerb abgehalten mit dem üblichen Ergebnis: dem üblichen gesichtslosen Glaskasten. Wir haben das zum Anlaß genommen, die Einrichtung eines Gestaltungs- und Denkmalbeirates einzufordern, die auch zugestanden wurde (siehe S. 7). So hoffen wir, bei wichtigen Bauten der Zukunft wie den Rhein-Main-Hallen zu anderen architektonischen Lösungen zu kommen als den üblichen. Den Neubau der EBS in der Moritzstraße, den wir nach wie vor für mißraten halten, hätten wir eh nicht verhindern können.
Wir sind der Meinung, daß eine private Universität sich aus privaten Mitteln erhalten muß, und finden es nicht in Ordnung, daß die Landesregierung mit Steuermillionen das Projekt subventioniert. Darauf hat die Kommunalpolitik keinen Einfluß, man kann es nur kritisieren. Der Magistrat der Landeshauptstadt hat einen verdeckten Weg der Unterstützung gewählt: durch Vergabe teurer Gutachten. Als Einzelfall mag das durchgehen, es ist aber ein eher kontinuierlicher Fluß von Steuergeldern in diese Richtung zu erkennen, das kann so nicht gehen. Wir werden tun, was in unserer Macht liegt, um diese Praxis zu unterbinden.
Offen ist noch die Sache mit der Tiefgarage. Wir haben durchgesetzt, daß bei der Prüfung, ob ein weiteres Geschoß für Anliegerparken gebaut werden kann, eine indirekte Subvention der EBS ausgeschlossen wird. Hält der Magistrat diese Vorgabe nicht ein, werden wir einer solchen Planung nicht zustimmen.
Die ganze Eilfertigkeit und Liebedienerei gegenüber der EBS hat dazu geführt, daß Busse mit der Aufschrift *Wir sind Uni* herumfuhren, ehe das Prädikat Uni vergeben war. Dazu kamen noch die seltsamen Geschäfte des Präsidenten dieses Instituts. Man hat wirklich alles getan, um ein schlechtes Licht auf das Vorhaben zu werfen. Jetzt wäre es wirklich an der Zeit für eine Rückkehr zur Seriosität: d.h. keine städtischen Zuschüsse mehr für die private Hochschule und vollständige Transparenz bei allen Transaktionen mit ihr.

*Das alte Gerichtsgebäude wird Teil der European Business School*
*Foto: T. Reiß*

Michael von Poser

# Stadtmuseum

Erinnern Sie sich noch an die weiße Kiste, Mittelding zwischen Heizungskörper und Eisbox, die als Stadtmuseum die Wilhelmstraße zieren sollte? Unserer Kommunalpolitiker waren entzückt davon und wollten nicht einsehen, daß der Bau eine Beleidigung für unsere Rue darstellte. Unsere Kommunalpolitiker sind eben keine Augenmenschen, sondern Rechner, jedenfalls glauben sie, auf dem Gebiet firm zu sein. Die SPD ist umgeschwenkt, das Projekt war ihr plötzlich zu teuer. Aber das Wettbewerbsergebnis findet sie immer noch schön. Der FDP und den Grünen ist der Heizungskörper nicht zu teuer, sie wollen ihn unter allen Umständen haben, bei der CDU weiß man nicht genau, was sie haben will.

Wir möchten alles tun, um den Bau an der Wilhelmstraße zu verhindern. Schon vor längerer Zeit haben wir die Mauritius-Galerie als Unterbringungsort für das Stadtmuseum vorgeschlagen. Die Mauritius-Galerie steht auf historischem Grund, bei ihrem Bau fanden sich Reste römischer Fachwerkhäuser. In der nächsten Nähe lagen das Zentrum des römischen Wiesbaden und die Thermenanlagen. Von Wiesbadens großer Vergangenheit und auch von den Quellen ist zuwenig sichtbar. Ein Jammer, daß der Mauritiusplatz und der Schützenhof so ohne Phantasie und Charme neu hergerichtet worden sind, diese Plätze könnten in ein Konzept der Selbstdarstellung der Stadt einbezogen werden. Ein Stadtmuseum an einer solchen Stelle würde eine Aufwertung des Areals auch in wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten, dieser Teil der Innenstadt bedarf dringend eines verstärkten Publikumsverkehrs. Nicht weit von der Galerie befinden sich Walhalla und Wartburg, kulturelle Angebote könnten einander ergänzen. Die Räumlichkeiten der Galerie öffnen sich mit Fenstern auf die Hochstättenstraße, der ganz neue Funktionen zukommen könnten, der Name Galerie könnte einen Sinn erhalten. Oben am Michelsberg steht das Mahnmal, darauf bezogene Ausstellungen sind denkbar.

Die Stadt hat inzwischen den Gebäudekomplex gekauft, sie muß etwas Überzeugendes damit machen. Mit 6.000 qm hätte die Galerie die nötige Fläche für ein Stadtmuseum. Natürlich müßte man prüfen, ob die Decken für die Aufstellung der Objekte tauglich sind. Aber alle, die den Neubau an der Wilhelmstraße im Kopf haben und gegen die Idee Mauritius-Galerie wettern, wollen gar nicht prüfen. Als Hauptgrund gegen diesen Standort führen sie ins Feld, daß die – von einem gagistischen Künstler entworfenen – Pläne für die Innenausstattung über den Haufen geworfen würden. Es wäre aber gerade ein Vorteil neue Ideen mit weniger technischem Firlefanz entwickeln zu können.

Der Oberbürgermeister schien zunächst nicht ganz abgeneigt gegen ein Stadtmuseum in der Mauritius-Galerie. Er denkt jedoch zunächst an die Unterbringung der Stadtbibliothek an dieser Stelle. Für die Unterbringung der Stadtbibliothek sprechen aber keineswegs so zwingende Gründe, sie würde auch nur de Hälfte des zur Verfügung stehenden Raumes beanspruchen.

Die Option mit dem Stadtmuseum in der Mauritius-Galerie sollte man sich auch dann offenhalten, wenn hier zunächst die Stadtbibliothek einzieht. Beispielsweise könnten Räume für die Präsentation von Teilen der Sammlung Nassauischer Altertümer genutzt werden, die heimatlos sind, seit sie aus dem Landesmuseum ausgelagert wurden. Später setzt sich vielleicht dann doch noch die Einsicht durch, daß die Mauritiusgalerie hervorragend geeignet ist als Standort.

Michael von Poser

# Komponistenviertel und Paulinenhang

Mit dem Bebauungsplan für das Komponistenviertel wird der Versuch gemacht, der Verdichtung eines Villengebietes Einhalt zu gebieten. Die Verdichtung war früher durchaus gewünscht („Bauen im Bestand“). Wir bilden uns ein, daß die ersten kritischen Einwände dagegen von uns kamen, siehe besonders den Fall Weinbergstraße 13. Jedenfalls hat sich die Auffassung in den letzten Jahren gewandelt, Verdichtung in den Villengebieten soll zumindest eingeschränkt werden.

Die Erarbeitung des Bebauungsplans Komponistenviertel hat sehr lange Zeit in Anspruch genommen, man wollte nach dem Debakel im Künstlerviertel keine Fehler machen, die zum Scheitern des ganzen Plans führen könnten. Es gab mehrere öffentliche Auslegungen, jede Menge von Einwänden wurden bearbeitet. Der Bebauungsplan mußte am 17. Februar in der Stadtverordnetenver-

sammlung verabschiedet werden, weil am 1. April die Veränderungssperre ausläuft. Eine Verzögerung hätte zur Folge gehabt, daß alle Anstrengungen umsonst gewesen wären, die Bautätigkeit hätte sofort wieder begonnen.

Einen sehr kleinen Teil des Bebauungsplans Komponistenviertel nimmt der Paulinenhang ein. Hier wollte die Verwaltung zwei Baufenster ausweisen, obwohl doch der Sinn des ganzen die Verhinderung von Verdichtung war und die Vorgaben der Klimaanalyse dem entgegenstanden. Im Dezember des letzten Jahres hat deshalb mit einer Mehrheit von SPD, Grünen und Bürgerliste (bei Enthaltung der CDU) der Planungsausschuß beschlossen, daß der Paulinenhang insgesamt zur Grünfläche wird und hat der Verwaltung einen entsprechenden Planungsauftrag gegeben. Dieser Auftrag wurde auch ausgeführt und eine dazu notwendige eingeschränkte Bürgerbeteiligung veranstaltet. Es gab keine Einwände von Privatleuten, nur Wirtschaft- und Liegenschaftsamt haben protestiert, weil der Dezernent Bendel hier eben bauen will.

Professor Pös kam mit zwei verschiedenen Beschlußvorschlägen in die Ausschüsse. Er und die nunmehr wieder ganz auf Bebauung eingestellte CDU kämpften bis zur letzten Minute für den Beschlußvorschlag A, obwohl in der Vorlage deutlich gesagt war, daß bei einem solchen Beschluß der Bebauungsplan vor dem Sommer nicht verabschiedet werden könne und das ganze Werk wieder in Gefahr sei. Es kann gut sein, daß gegen den Bebauungsplan gerichtlich vorgegangen wird, aber dann doch wohl wegen der privaten Bauwünsche in den Wohngebieten. Die Flächen auf dem Paulinenhang gehören der Stadt und dürften deshalb kaum Anlaß zu rechtlichen Interventionen bieten.

Der Bebauungsplan wurde in der Version B verabschiedet, der Paulinenhang ist damit als ganzer Grünfläche. Die CDU hat noch zu bedenken gegeben, daß es sich bei der Freihaltung der Flächen um eine Verschwendung von Steuermitteln handele. Das können wir so nicht sehen. Wenn für Gutachten, deren Erfolg zweifelhaft ist, Millionen ausgegeben werden, dann sind das tatsächlich in den Wind geschriebene Finanzmittel. Am Paulinenhang wird, ganz abgesehen von der klimatologischen Notwendigkeit der Maßnahme, die der ganzen Bürgerschaft zugute kommt, in Form einer zusammenhängenden Grünanlage ein bleibender Wert geschaffen.

Michael von Poser

*Der Paulinenhang bleibt Grünfläche.* *Foto: T. Reiß*

# Gestaltungs- und Denkmalbeirat

Wenn man bedenkt, wie Wiesbaden einmal im 19. Jahrhundert ausgesehen hat, muß man sagen: es ist Stück für Stück häßlicher geworden, und zwar mehr durch Planung als durch Kriegszerstörung. Professor May wollte in den siebziger Jahren fast den gesamten historischen Baubestand abreißen lassen, das haben wir damals als Bürgerinitiativler gerade noch verhindert. Ebenfalls durch eine Bürgerinitiative haben wir in den neunziger Jahren den Versuch abgewehrt, das Dernsche Gelände mit dem „Schweger-Bau“ zu überbauen. Aus diesen Auseinandersetzungen haben die Stadtplanungsdezernenten nichts gelernt, immer wieder produzieren sie die gleichen toten Plätze und öden Gebäude. Das Wirken von Professor Pös gehört ganz in diese Tradition der Verunstaltung. Es muß sich jetzt endlich etwas ändern.

Der Dezernent Pös hat aufs engste mit dem Architektenbeirat zusammengearbeitet. Dieser Architektenbeirat ist ein Unikum. Er soll die Stadtplaner „unabhängig“ beraten, trotzdem erhalten Mitglieder schon immer lukrative Aufträge, setzen gerade an den prominenten Stellen der Stadt ihr Zeichen und sind an der Verdichtung der Villengebiete beteiligt. Wenn wir davon

in anderen Städten erzählt haben, wollte man es gar nicht glauben, das seien *palermitanische* Verhältnisse. Ausgerechnet diesen Architektenbeirat wollte der Dezernent auch noch zum Denkmalbeirat machen, also die Böcke mit weiteren Vollmachten bei der Gartenarbeit ausstatten.
Ein Denkmalbeirat hätte nämlich längst eingerichtet werden müssen, man denke auch an Wiesbadens Anspruch, Weltkulturerbe zu werden. Andere Städte, und gerade die, die es geschafft haben, Weltkulturerbe zu werden, verfügen über einen Denkmalbeirat oder einen Gestaltungsbeirat oder beides oder auch beides in einem. Das Entscheidende dabei ist, daß die Mitglieder, die die Stadt beraten, dort nicht bauen dürfen, und zwar sogar einige Zeit vor und nach ihrer Beratungstätigkeit. Der Beirat muß gänzlich unabhängig sein und sollte möglichst mit hochkarätigen Kennern und Könnern besetzt sein. Bei der Auswahl der Architekten kommt es darauf an, daß sie nicht der herrschenden Schule der Minimalisten angehören und Erfahrung mit dem ensemblegerechten Bauen haben. Andernfalls bekommen wir wieder denselben Typus von nichtigem Gebäude. Der Beirat sollte auf jeden Fall öffentlich tagen und für Bürgerbeteiligung offen sein.
Der Oberbürgermeister hat uns die Einrichtung eines solchen Beirates zugesagt. Nach unserer Kenntnis tagt eine entsprechende Arbeitsgruppe. Möge etwas Gescheites herauskommen, das uns auf eine Wende in der Stadtplanung hoffen lassen kann.

Michael von Poser

# Platz der Deutschen Einheit / Faulbrunnenplatz

Wenn nicht irgendein Wunder geschieht, wird der Platz der Deutschen Einheit mit einem monströsen Zwitterbau von Großsporthalle und Geschäftshaus zugebaut. Das Bürgerbegehren ist gescheitert, was aber auch an den Fristen, am schlechten Wetter und einer allerdings nicht gerade effektiven Organisation lag.
Man muß noch einmal daran erinnern, daß es einen Augenblick so aussah, als könnte die Fehlplanung verhindert werden. SPD und Grüne hatten sich an den hohen und unübersichtlichen Kosten des PPP-Projekts gestört. Und dann ließen sie sich auf den Vorschlag des Oberbürgermeisters ein, es mit der Kaufvariante zu probieren, deren Kosten und Folgekosten man als noch höher und unübersichtlicher einschätzen durfte. Markige Worte, man werde alles rechtzeitig prüfen, hatten keinen realen Hintergrund. Man war eben so bezaubert von dem schönen Entwurf, der bei dem Wettbewerb herausgekommen war.

*Der Platz der Deutschen Einheit* *Foto: T. Reiß*

Für den armen kleinen Faulbrunnenplatz haben sie sich eine seelenlose Minimallösung mit Kiosk und eine Wasserzapfstelle ausgedacht. Das paßt wunderbar zu dem Klotz, der nebenan hochgezogen werden soll.
Ein trauriges Ergebnis nach langen Auseinandersetzungen für alle, die meinten, hier könnte ein richtiger Platz entstehen, welcher das Westend mit der Innenstadt verbindet. Es ist nicht die Aufgabe einer verschuldeten Gemeinde, überflüssige Geschäftshäuser zu errichten. Wir brauchen auch keine Großsporthalle an dieser Stelle. Dem Volleyballclub, dessen Zukunft mehr denn je ungewiß ist, wäre mit einem kostengünstigeren Bau an der Mainzer Straße besser gedient gewesen. Von den Verkehrsproblemen, die der in doppelter Hinsicht unnötige Großbau erzeugen wird, brauchen wir gar nicht zu reden.
Bleibt nur die Hoffnung, daß doch noch etwas dazwischenfährt, wenn kein Blitz, dann vielleicht das Einschreiten der Gerichte oder neue Mehrheiten im Stadtparlament nach der Wahl, und daß das ganze Projekt sich, wie es bei uns ja vorkommt, in nichts auflöst, um etwas Besserem Platz zu machen.

Michael von Poser

# Rhein-Main-Hallen

Einst schrieben die Rhein-Main-Hallen, anders als die Kurbetriebe, schwarze Zahlen.
An dem finanziellen Debakel Rhein-Main-Hallen ist auch der Bau des neuen Foyers schuld, das ca. 8 Millionen gekostet hat. Nicht lange nach der Fertigstellung des Foyers stellte man überrascht fest, daß die Hallen total veraltet und eigentlich kaum noch zu benutzen sind. Es könnte also sein, daß sie demnächst samt dem teuren neuen Foyer abgerissen werden.
Nun besteht kein Zweifel, daß Wiesbaden ein solches Messe- und Kongreßzentrum braucht, und gerade der Verband der Internisten drängt auf einen baldigen Neubau. Die Standortfrage ist entbrannt. Herr Eckelmann, Präsident der IHK, kann es nicht lassen, immer wieder seinen abwegigen Vorschlag eines Neubaus in den denkmalgeschützten Reisinger-Anlagen vorzubringen, so als hätte er noch nie von weichen Standortfaktoren gehört. Unsere Kommunalpolitiker, die zu vielem fähig sind, scheuen doch wohl vor dieser Lösung zurück, weil sie ahnen, daß sie damit einen Volksaufstand auslösen würden. Die FDP will allerdings abbaubare Provisorien aus Glas und Stahl in den Reisinger-Anlagen aufstellen, gewissermaßen Recycling-Hallen. Glücklicherweise scheint auch diese schöne Idee nicht viel Anklang zu finden.
Die Variante Busbahnhof wurde von Anfang an mit Verachtung verworfen, weil das zu weit weg sei von Kurhaus und Theater etc. Wir hätten gewünscht, daß die Überlegung etwas ernsthafter geprüft worden wäre, denn hinten an der Mainzer Straße wäre Platz genug und auch die Fußläufigkeit, am Bahnhof vorbei, bliebe erhalten. Allerdings müßte man das Bahnhofsumfeld aus seiner langweiligen Sterilität erlösen.
Die größten Erfolgschancen scheint der Gedanke zu haben, die Rhein-Main-Hallen auf dem Areal neu zu bauen, wo das schreckensmäßige Stadtmuseum entstehen sollte. Das kann nur gelingen, wenn die Dresdner Bank ihr Gebäude aufgibt. Wichtige Fragen sind noch ungeklärt. Erlaubt die Bodenbeschaffenheit überhaupt einen solchen Bau? Wie soll die Anlieferung durch Lastwagen organisiert werden? Wie wird die Wohnbevölkerung gegen Lärm geschützt?
Der entscheidende Punkt ist aber: Wie wird der Neubau aussehen, der da an der Wilhelmstraße entstehen soll? Alle schwärmen vom Flair der Wilhelmstraße, durch eine Kiste der üblichen Art würde diesem Flair schwerer Abtrag getan. Professor Pös mit seinem Architektenbeirat und seiner Art, Wettbewerbe zu organisieren, darf man nicht an die Sache lassen, da weiß man von vornherein, was herauskommt. Der Oberbürgermeister hat uns zugesichert, daß unsere Architektenvorschläge berücksichtigt würden. Warten wir also ab, wie dieses Vorhaben gehandhabt wird. Einem Bau, der nicht etwas Besonderes hat und ins Ensemble paßt, werden wir jedenfalls nicht zustimmen.

Michael von Poser

# City-Passage

Ein irischer Projektentwickler hat die City-Passage mit Häusern in der Umgebung gekauft und wollte in gigantischer Weise erweitern, ungeachtet der schwierigen Bodenverhältnisse, man hätte das Ding teilweise unter Wasser bauen müssen. Wir haben die ganze Planung für abwegig gehalten, aber der Professor Pös und sein Architektenbeirat sowie Herr Guntrum von der SEG waren begeistert, alle Mann sind sie nach Dublin gefahren, um dort Werke der Firma Markland zu betrachten, obwohl die dort gar keinen Einkaufsmarkt gebaut hat.
Inzwischen ist Ruhe eingetreten, die Finanzkrise hat zugeschlagen. Markland hat kein Geld mehr zu bauen, will aber wegen der Marktlage auch nicht verkaufen. Da kann man nur warten und hoffen. Die Verwaltung will im Abstand von halben Jahren nachfragen, ob sich vielleicht doch etwas regt. Man hat Markland alle Hindernisse aus dem Weg geräumt, und jetzt soll vielleicht für Jahre nichts geschehen?

*Die City-Passage* *Foto: T. Reiß*

Es wäre dringend notwendig, daß etwas kommt. Die SEG hat eine Hauswand in der Kleinen Schwalbacher Straße mit einem Transparent überspannt, auf welchem zu lesen ist: *Zu neuem Leben erwacht*. Bisher ist aber nur eine Absperrung gekommen. Damit neues Leben entsteht, müßte die City-Passage, die durchaus so groß bleiben könnte wie bisher, mit der kleinen Schwalbacher Straße verbunden werden. Die Geschäftsleute in dem Sträßchen haben diese stadtplanerische Unterstützung verdient. Zu einer Belebung gehörte auch, daß die Mauritius-Galerie zu einem Anziehungspunkt für viele gemacht und die Hochstättenstraße aus ihrer Totheit erlöst wird (siehe Artikel Stadtmuseum S. 6). Aber wir sind, was das Umfeld der Kleinen Schwalbacher Straße angeht, abhängig von einem irischen Geldgeber, dem das Geld fehlt. Er ist Eigentümer des Geländes. Er hat seine eigenen Interessen, die sich mit den unseren keineswegs decken müssen. Da hilft wahrscheinlich nur Beten.

Michael von Poser

# Der Hinterhof des Liliencarrés

Wir waren von Anfang an gegen diesen Großmarkt am Hauptbahnhof und sind immer noch der Meinung, daß er kein städtebaulicher Gewinn ist. Es handelt sich dem Ursprung nach um ein Spekulationsobjekt. Irgendwelche Projektentwickler, die gar nicht über die Finanzierungsmittel verfügten, haben sich von der Stadt eine hohe Ausnutzung geben lassen und dann gleich mit Gewinn weiterverkauft. Inzwischen ist der irische Nachbesitzer pleite und die Rentabilität des ganzen Unternehmens steht immer mal wieder in Frage. Wir nehmen an, daß das Liliencarré etwas von einer Immobilienblase hat.

*Betonwannen in der Fischerstraße* *Foto: T. Reiß*

Zur Fischerstraße hin setzt sich das Hauptgebäude in einer seltsamen Betonwanne fort, die nicht gerade ansehnlich ist, auch weil sich Unrat darin sammelt. Hier sollten Wohnhäuser entstehen. Die ursprüngliche Vereinbarung von 2004 mit der Stadt war, daß bei Nichtbebauung innerhalb von 24 Monaten der Besitzer eine Grünanlage anzulegen habe. Dafür wurde sogar eine Summe hinterlegt, die noch verfügbar sein soll. Hätte man also seitens der Stadt die Erfüllung des Vertrages eingefordert, hätte an dieser Stelle längst die erwähnte Grünanlage entstehen können.
Aber unser Planungsdezernent ist ja nicht so hart, auf Vertragsbedingungen zu bestehen. Er wartet jetzt so manches Jahr darauf, daß es vielleicht doch noch zu einer Bebauung kommt. Dann und wann hat sich ein Hoffnungsschimmer gezeigt, aber er ist wieder verschwunden. Wir finden die Idee, hier Wohnraum zu schaffen gar nicht abwegig, wobei man eben befürchten muß, daß die Häuser wieder wie fast immer zu groß zu einförmig und zu häßlich werden. Individuelles phantasievolles Bauen ist ja in Wiesbaden verpönt.
Unser Vorschlag ist: fürs erste den Beton wegzuräumen und die Fläche zu bepflanzen und dann, gewissermaßen im Grünen, auf den Investor zu warten und ihm, wenn er denn erscheint, klare Vorgaben zu machen zum Erscheinungsbild der Häuser, die er da hinstellen will.

Michael von Poser

# Umweltzone und Stadtplanung

Einer der Punkte der Tagesordnung des Umweltausschußes vom 16.12.2010 war die „1. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für den Ballungsraum Rhein-Main“. Dahinter verbarg sich ein Maßnahmenkatalog, der zur Reduzierung der Stickstoffdioxidwerte in Wiesbaden führen soll, da die Grenzwerte an der Meßstation Ringkirche mehrfach überschritten wurden und das Land Hessen die Stadt Wiesbaden nun auffordert zu handeln. Mit den vorgesehenen Maßnahmen soll auch die

*Umweltplakette* *Foto: A. Monzel*

Feinstaubbelastung gesenkt werden. Eine Modellrechnung (keine Messung!) hatte ergeben, daß im weiteren Verlauf des Kaiser-Friedrich-Rings und der Schiersteiner Straße eine hohe Überschreitung des PM10-Grenzwertes (Feinstaub) vorliegt. Der dem Land Hessen vorzulegende Maßnahmenkatalog beinhaltet u.a.:

1. Einführung von Durchfahrtsverboten für LKW > 3,5 t.
2. Einrichtung einer regionalen Umweltzone in Wiesbaden (gesamtes Stadtgebiet mit allen Vororten).
3. Forderung an die Bundesregierung zur weiteren Verschärfung der Euronormen für PKW und Nutzfahrzeuge.
4. Beschaffung von umweltverträglichen Fahrzeugen im kommunalen Bereich.
5. Attraktivitätserhöhung des ÖPNV.
6. Landesweite Öffentlichkeitskampagne, um ein neues Mobilitätsverhalten zu etablieren.
7. Festsetzung von Emissionsstandards für Baumaschinen.
8. Optimierung des Verkehrsflusses (Optimierung der Koordinierung, Parkleitsystem, Erweiterung der Fahrspurzahl).
9. Einführung weiterer geschwindigkeitsreduzierender Maßnahmen und Finanzierung der Überwachung.
10. Initiative zur Einführung von regionalen und überregionalen Logistikkonzepten.
11. Initiative zur Einführung von Mobilitätsmanagementkonzepten.
12. Berücksichtigung der Immissionsproblematik im Rahmen der Raumordnung und Regionalplanung.

Die im Umweltausschuß vertretenen Parteien CDU, SPD und Grüne stimmten allen Maßnahmen zu, die FDP stimmte nur gegen die Einführung der Umweltzone, die BLW stimmte diesem Maßnahmenkatalog in seiner Gesamtheit nicht zu.

Wir sind der Meinung, daß ein Großteil der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der Luftqualität in den betroffenen Bereichen führen werden, unnötigen bürokratischen Aufwand erfordern, nicht praxisgerecht sind und teilweise nicht in die Zuständigigkeit der Stadt Wiesbaden fallen, sondern EU-, Bundes- und Landessache sind. Weiterhin sind einzelne Maßnahmen bereits vom Stadtparlament mit den Stimmen der BLW beschlossen worden, z. B. die Beschaffung umweltverträglicher Fahrzeuge im kommunalen Bereich und das Duchfahrtsverbot für LKW‘s über 3,5t, werden aber nur halbherzig umgesetzt. Auch die Wirksamkeit einer Umweltzone ist nach wie vor umstritten. Wenn man sich die zahlreichen Gutachten hierzu anschaut, kommt man zu dem Schluß, daß je nach Auftraggeber („Auto-“ oder „Umweltlobby“) das gewünschte Ergebnis bestätigt wird.

In Wiesbaden soll nun nicht nur in der am stärksten betroffenen Innenstadt, sondern im gesamten Stadtgebiet, also auch in den Vororten, eine Umweltzone eingerichtet werden.

Wir denken, daß einerseits langfristige Maßnahmen zielgerichteter wären wie die Einrichtung einer Umweltzone, z.B. keine weitere Ausweisung von Baugebieten an ohnehin schon überlasteten Straßen, keine vollständige Bebauung bereits beschlossener Baugebiete, eine konsequente Freihaltung von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen, um einen Abtransport der Schadstoffe mit der freien Luftströmung zu gewährleisten. Weiterhin halten wir, neben der Optimierung der bestehenden Fahradwege, auch den grundsätzlichen Bau von Fahrradwegen in allen Neubaugebieten für unbedingt notwendig. Auch über die Preisgestaltung im ÖPNV und eine Verbesserung der Bahnverbindungen sollte nachgedacht werden.

Andererseits müssen auch kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden, wobei die Maßnahme „Erhöhung der Durchlassfähigkeit an Knotenpunkten durch Erweiterung der Fahrspuranzahl“, wie sie

im Maßnahmenkatalog aufgeführt wird, gerade im betroffenen Bereich Ringkirche nicht leicht umzusetzen, aber nicht unmöglich ist. Durch den Wegfall von Parkflächen auf der Straße, was natürlich bei den betroffenen Anwohnern keine Begeisterung auslösen würde, könnte der Verkehrsfluß maßgeblich beschleunigt und die Stauhäufigkeit gesenkt werden. Weiterhin halten wir weiträumige Umleitungsempfehlungen bei Straßenbauarbeiten und vor allem deren zügige Beendigung und eine bessere Koordination der verschiedenen Straßenbaumaßnahmen in Verbindung mit der Optimierung von Ampelschaltungen für geeigneter.
Interessant ist die in dem Maßnahmenkatalog getroffene Aussage, daß „zukünftig das Verkehrsaufkommen insgesamt reduziert werden“ muß, da es einige Seiten weiter vorne zur Umweltzone heißt: „Eine spürbare Verkehrsentlastung (Reduktion des Verkehrsaufkommens) ist hingegen durch eine Umweltzone nicht zu erwarten.“

Hauptverursacher der Feinstaubbelastung ist die Industrie, der Verkehr ist zu einem Drittel an der Immissionsbelastung beteiligt (Quelle: Hess. Ministerium für Umwelt, Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main), dennoch wurden z.B. die Planungen für ein Kohlekraftwerk lange von CDU und FDP vorangetrieben und strengere Auflagen für das „Biomassekraftwerk“ an der Deponie von CDU, FDP und SPD verhindert. Auch der Ausrichtung der DTM-Auftaktveranstaltung auf der Wilhelmstraße, die mit den Zielen des Luftreinhalteplanes und einer Umweltzone absolut nicht vereinbar ist, stimmten die etablierten Parteien zu. Nun wird öffentlichkeitswirksam von der FDP gegen die „Mogelpackung“ und das „Lügenmärchen“ Umweltzone zu Felde gezogen, man darf aber nicht vergessen, daß die FDP, die mit Herrn Dilger und Prof. Pös seit Jahren die Dezernenten für Stadtentwicklung und Verkehr stellt, die jetzige Situation zu großen Teilen mit verursacht aber bisher keine wirksamen stadtplanerischen Gegenmaßnahmen ergriffen hat. Wir haben also im Endefekt die nicht mehr abzuwendende Einführung der Umweltzone der langjährigen verfehlten Stadt- und Verkehrsplanung der FDP zu verdanken.

Thorsten Reiß

# Umweltbilanz Wiesbaden

In vielen Bereichen ist die Lebensqualität gestiegen, andererseits gibt es im Bereich Umwelt noch große Defizite.
Seit ca. 25 Jahren sind die folgenden Erfordernisse akut:

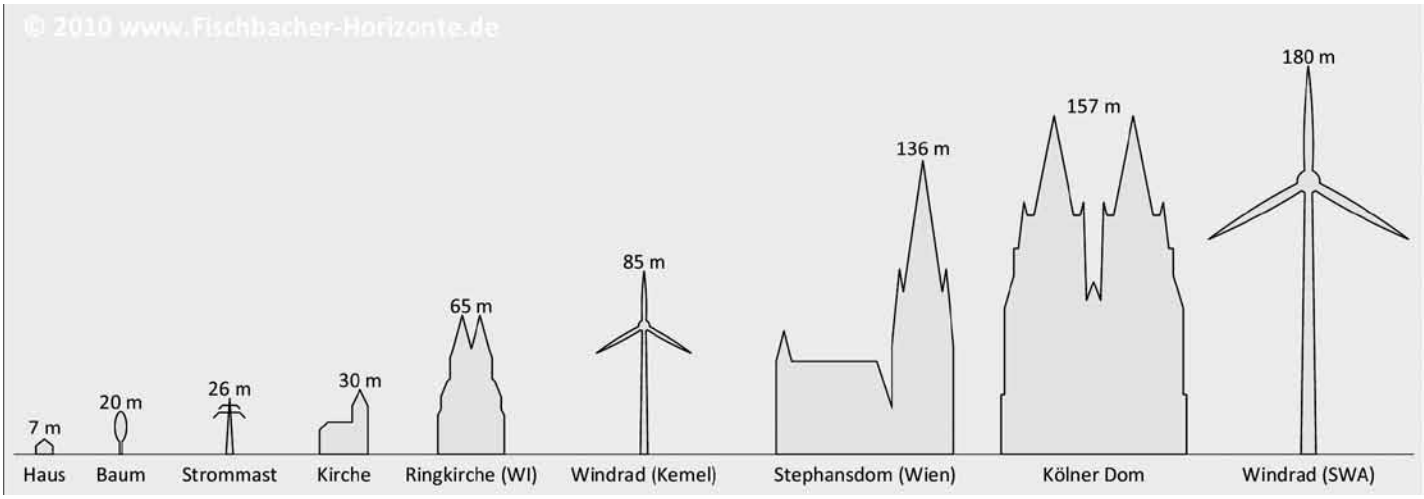
- der Landschaftsverbrauch ist zu hoch und muß endlich eingedämmt werden,
- keine Bautätigkeit und Versiegelung in hochwassergefährdeten Gebieten,
- keine Großmärkte und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese,
- das allgemeine Verkehrsaufkommen muß durch geeignete Maßnahmen reduziert und auch im Sinne der jeweiligen Anwohner auf ein erträgliches Maß gebracht werden,
- die Vernetzung von Naturräumen und naturräumlichen Einheiten muß stärker forciert werden….
- die Artenvielfalt muß erhalten und die Biodiversität gefördert werden….
- usw…..

Die Bilanz ist ernüchternd. Vieles, was nötig wäre, ist nicht erreicht, obwohl mit hohem finanziellen Aufwand versucht wird, die Sünden der Vergangenheit zu reparieren oder auch die Auswirkungen zukünftiger Maßnahmen zu minimieren. Auch sind trotz intensiver Erhaltungsmaßnahmen viele Schutzobjekte in der Funktion gestört, entwertet oder gar verschwunden. Zerschneidungen, Gewerbe- und Neubaugebiete, Arrondierungen von Ortsrandlagen oder auch die Umwandlung der seitherigen Nutzung sind nicht immer mit Kompensations – und Ausgleichsmaßnahmen möglich. Da Flächen nicht vermehrbar sind, stößt der Ersatz für einen Verlust, etwa durch Aufwertung in vorhandenen Flächen irgendwann an Grenzen.
Ein intaktes, schönes und vielfältiges Landschaftsbild stellt ganz sicher nicht nur für den Erholungssuchenden ein Stück Lebensqualität dar. Die Regeneration von Feuchtgebieten beschränkt sich auch nicht nur auf die Funktion als Lebensraum für Amphibien, die Grünachsen in die Stadt hinein haben nicht nur einen ästhetischen Wert.
Vorgaben der Klimaanalyse werden bei Bauvorhaben zu oft ignoriert. Neben dem fehlenden Ersatz vieler Einzelbäume läßt die Gestaltung vieler Plätze zu wünschen übrig, oftmals sind es nur große sterile Flächen mit Alibi- Baum und insgesamt eben gut zu kehren. Damit die Stadt in Zeiten der Klimaveränderung nicht zum „Backofen“ wird, sind Ideen und entsprechende Umsetzungen gefragt.

Die Verbesserung der Luftqualität durch Einrichtung einer Umweltzone ist für uns viel zu geringfügig, um den bürokratischen Aufwand zu rechtfertigen (siehe Artikel Umweltzone und Stadtplanung S. 11). Eines ist sicher: Wesentlich mehr Stadtgrün ist notwendig, der Nutzen ist eben nicht unbedingt nur in Zahlen oder Geld zu beziffern.

Richard Abt

# Windkraftanlagen auf den Taunushängen




*Größenvergleich mit Windkraftanlagen* *Bild: Fischbacher Horizonte*

Frau Thies hätte gern riesige Windkrafträder auf der Hohen Wurzel. Dazu hat sie ein Gutachten beigebracht, das von einem geschäftlich an der Sache interessierten Institut stammt. Die Debatte in Wiesbaden beginnt erst, in einigen Gemeinden im Taunus ist sie voll ausgebrochen. So sollen sieben oder neun 180 Meter hohe Windkrafträder an der Bäderstraße zwischen Schlangenbad und Bad Schwalbach errichtet werden. Im September letzten Jahres gab es eine Informationsveranstaltung über die geplanten Windräder in Bad Schwalbach, zu der nicht etwa die Gemeindevertretung eingeladen hatte, sondern eine Bürgerinitiative. Grundsätzliche Fragen wurden aufgeworfen, Standortbewertungen vorgenommen, mit einer Fülle von Statistiken und Schaubildern, die Präsentation war hochprofessionell.

Die Windkraft wurde nicht generell abgelehnt, es wurde aber herausgearbeitet, daß die Standorte auf den Taunushöhen denkbar schlecht sind, weil einer zu geringen Leistung des Windrades zu viele Negativfolgen gegenüberstehen: Störung des Landschaftsbildes, Lärm, Schattenwurf, Beeinträchtigung der Kur. Die Argumente lassen sich durchaus auf die Wiesbadener Verhältnisse übertragen, bei ähnlichen Windstärken und Entfernungen. Wenn die Sache bei uns aktuell wird, kann man auf den Sachverstand der Schwalbacher Initiative zurückgreifen. Für Details entsprechende Informationen verweisen wir schon jetzt auf die Website: www.fischbacher-horizonte.de.

Michael von Poser

*Simulation von Windkraftanlagen*
*Bild: Fischbacher Horizonte*

Die Fraktion BLW versteht sich als Vertretung von Bürgerinteressen.
Was bereitet Ihnen Sorge in Angelegenheiten der Stadt? Haben Sie Fragen an uns? Vorschläge? Kritik?
Nehmen Sie Kontakt zu uns auf! Sie können uns besuchen in unserem Fraktionsraum im Rathaus, Zimmer 308.
Unsere Bürozeiten sind:
Montags bis Freitags 10.00 bis 15.00 Uhr.
Sie können aber auch anrufen unter der Nummer 31 31 60 oder eine E-Mail schicken an: BLW-Fraktion@Wiesbaden.de.

# Sauberkeit

Eines der frustrierendsten Kapitel in der Kommunalpolitik für die Bürgerliste sind die Versuche, die zuständige Verwaltung dahin zu bringen, daß sie für größere Sauberkeit in der Stadt sorgt. Wieviel Anträge und Anmahnungen, immer mit konkreten Vorschlägen, haben wir schon eingebracht, es war jedesmal wie dem Ochs ins Horn gepetzt. Da wird erklärt, es sei alles eigentlich ganz gut, dann werden mal Gelder für Maßnahmen eingestellt und es kommt auch nichts heraus. Wir zeigen Bilder von vermüllten Haltestellen und Baumscheiben, von verdreckten Straßen wie der Blücherstraße oder der Dotzheimer Straße, von ständig mit Nachschub versorgten Sperrmüllablagerungen, von Mauern, die Seit Jahren besprayt sind. Daraufhin heißt es, man würde die Stadt schlechtreden. Wenn der Verwaltung gar keine Ausrede mehr einfällt, dann läßt sie uns wissen, daß Teile der Bevölkerung ein Verhaltensproblem hätten. Das ist nur zu wahr: Es gibt viele Mitbürger ohne jedes Verantwortungsgefühl, die einfach, was sie nicht mehr brauchen, fallen lassen, notfalls direkt neben einem Abfalleimer. Die Politik antwortet auf das Verhaltensproblem der Bevölkerung mit ihrem eigenen Verhaltensproblem: dem Mangel an Mut. Bei uns wurde mit großem Aufwand eine Gefahrenabwehrverordnung erarbeitet und verabschiedet, die Bußgelder für Verstöße vorsieht. Nur werden die Bußgelder nicht erhoben, da müßte man ja Leute ärgern und würde sie vielleicht als Wähler verlieren. Außerdem seien nicht genug Ordnungskräfte vorhanden. Wir sind überzeugt, daß sich die Ordnungskräfte aus den Bußgeldern finanzieren könnten. Die weggeworfenen Kippen an einer einzelnen Haltestelle in der Innenstadt stellen schon ein Vermögen dar. Nur greift man eben nicht ein aus Angst, als repressiv zu gelten. Hier kann man schon von fehlender Zivilcourage reden. Es ist möglich, eine Stadt sauber zu bekommen, andere Kommunen zeigen das. Wir haben immer wieder auf Beispiele hingewiesen und auf das Spektrum möglicher Maßnahmen. Selbst Frankfurt macht in der Sache Ernst. Wiesbaden, die ehemalige Weltkurstadt, die Weltkulturerbe werden will, zählt nicht unbedingt zu den saubersten Kommunen Deutschlands.

*Vermüllte Baumscheibe* *Foto: K.H. Maierl*

Michael von Poser

# Reorganisation des Ausländerbeirates

Schon im Juni 2009 haben wir einen Antrag auf Reform des Wiesbadener Ausländerbeirates im Stadtparlament gestellt. Unsere Gründe waren damals: Zu geringe Wahlbeteiligung (9,4%), mangelnde Repräsentativität (über 70% Prozent türkische Mitglieder bei einem Anteil der Türken an der ausländischen Bevölkerung von Wiesbaden von ca. 20%), Unterstützung von Milli Görüs, einer als verfassungsfeindlich eingestuften Organisation, mit Steuermitteln. Für unseren Vorschlag wurden wir damals von allen Seiten heftigst angegriffen. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates Dogan, der mit falschen Zahlen gegen uns argumentierte, wurde gefeiert.
Inzwischen ist die Geschichte mit den Grauen Wölfen aufgekommen und der Türkische Jugend- und Kulturbund hat die Gnade der Verwaltung verloren. Der Ausländerbeirat hatte die Mittel für Milli Görüs und die Grauen Wölfe nach unserer Intervention 2009 noch erhöht. Trotzdem wurde der Ausländerbeirat ohne weitere Anforderungen wieder gewählt, mit noch kleinerer Beteiligung von Wahlberechtigten: 8,5%. Unsere Rücktrittsforderung an Herrn Dogan wurde überhört, er ist wieder Vorsitzender, obwohl doch in seiner Gruppierung die Vertreter der Grauen Wölfe aufgetreten waren und er maßgeblich an der Verga-

be von Steuermittel an sie beteiligt war. Die Repräsentativität des Ausländerbeirates hat sich nicht verbessert.
Wir haben daraufhin einen neuen Anlauf genommen und im Dezember 2010 einen zweiten Antrag zur Reorganisation des Beirates gestellt. Dem ist es nicht besser ergangen als dem alten, er wurde in den Integrationsausschuß überwiesen und dort durch Aussprache erledigt. Während in vielen anderen Städten in Deutschland die Problematik längst erkannt ist und neue Formen der Ausländerbeteiligung ausprobiert werden, bewegt sich in Wiesbaden nichts. Und der Wiesbadener Ausländerbeirat ist besonders groß und besonders teuer (insgesamt etwa 290.000 Euro im Jahr). Das ist zuviel Geld für eine Vertretung von ausländischen Mitbürgern, die von diesen in nur so geringem Maße gewünscht wird.
Die Verteilung von Steuergeldern an Milli Görüs und die Grauen Wölfe ist für uns ein Skandal und jedenfalls das Gegenteil von Integrationsarbeit.
Was die Verteilung von Steuergeldern an Vereine angeht, die als verfassungsfeindlich eingestuft werden, behauptet die zuständige Dezernentin, sie habe alles richtig gemacht. In den Richtlinien für diese Vergabe steht aber, daß in Zweifelsfällen der Magistrat und nicht der Ausländerberat zu entscheiden hat und daß im Verdachtsfall neu geprüft werden muß. Sowohl Milli Görüs wie die Grauen Wölfe waren Zweifelsfälle, trotzdem hat sich der Magistrat nicht eingemischt. Das ist für uns ein klares Pflichtversäumnis.
Nun bastelt man in enger Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat, der doch an der Misere schuld ist, an neuen Richtlinien. Das Zauberwort dabei ist immer „Vertrauen“. Bekanntlich ist aber Kontrolle besser als Vertrauen, und ganz besonders wenn es um die Vergabe von Mitteln an Verfassungsfeinde geht.
Unsere Integrationspolitiker agieren mit einer sturen Blindheit, die einem Sorge machen kann. Sie wollen einfach nicht sehen, daß Deklarationen der Verfassungstreue nicht viel bedeuten, wenn dahinter ganz andere Zwecke verfolgt werden. Das hängt natürlich damit zusammen, daß man selbst auch Zwecke verfolgt, nämlich machtpolitische, und bestimmten Wählerschichten entgegenkommen will. Die CDU hat Herrn Dogan für die Kommunalwahl einen sicheren Platz auf ihrer Liste gegeben, der Spitzenkandidat von Milli Görüs kandidiert für die CDU in Dotzheim. Wenn eine bürgerliche Partei sich in dieser Weise öffnet, dann fragt man sich, wie es mit der Wehrhaftigkeit der Demokratie in unserem kommunalen Raum bestellt ist.

Michael von Poser

# Veranstaltung mit Hans-Peter Raddatz

Hans Peter-Raddatz ist Orientalist und Finanzanalytiker, Verfasser einer Reihe von Büchern zum Islam wie z.B. *Allahs Frauen, Von Allah zum Terror? Allah und die Juden* wie auch zur Finanzkrise. Im letzten Oktober sprach er auf Einladung der Bürgerliste im Presseclub zu dem Thema „Religionsfreiheit für den Islam im deutschen Verfassungsstaat“.
Laut Raddatz hat es der Islam für seine institutionelle Etablierung in unserem Land gar nicht mehr nötig, sich auf den Artikel zur freien Religionsausübung zu berufen, weil ihm das Bundesverfassungsgericht schon weitgehende Privilegien eingeräumt hat, wie etwa durch das Kopftuchurteil von 2005. Bekanntlich kenne das Scharia-Recht keine Trennung von Politik und Religion, sei also mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Religionsfreiheit sei den Rechtsansprüchen des demokratischen Staatswesens nicht über-, sondern untergeordnet. Wenn muslimische Organisationen schariatische Elemente in unserer Rechtssystem einführen wollten, so sei das eine Kampfansage an unsere Bürgergesellschaft, die die Neutralität des Staates zur Voraussetzung hat. Raddatz kritisiert die Modalitäten des nicht nur bei uns, sondern überhaupt in Europa geführten Dialogs mit dem Islam, da dieser nur auf eine Akzeptanz der Scharia und ihrer Vertreter hinauslaufe. Als Finanzfachmann, der im Orient gearbeitet hat, beleuchtete er die internationalen Hintergründe der Verbreitungsstrategien des Islam, die Rolle der arabischen Ölstaaten, deren Einfluß auf die

*Hans-Peter-Raddatz* *Foto: privat*

europäische Union und die Gründe, weshalb die politischen Eliten mitspielen.
Auf die Wiesbadener Verhältnisse eingehend kritisierte Raddatz den hiesigen Integrationsvertrag: Verfassungsgrundsätze dürften nicht Gegenstand einer solchen Vereinbarung sein, und im übrigen sei es Muslimen nicht erlaubt, mit Ungläubigen Verträge über längere Zeiträume abzuschließen. Bei allen Absprachen sei das Ziel die Förderung des Islam und der Scharia.
Die Diskussion nach dem Vortrag von Hans-Peter Raddatz wurde von anwesenden Muslimen zu eher aggressiven Stellungnahmen genutzt, wobei auch antisemitische Töne zu hören waren. Es handelte sich offenbar um eine geplante Störaktion. Diese Art des Auftretens läßt für die Zukunft einiges erwarten.

Michael von Poser

# Westend

Das Wiesbadener Westend ist ein lebendiges und interessantes Viertel mit einem guten Bestand an kleinen Geschäften. Es endet an der Schwalbacher Straße, die wir gern in einen Boulevard umgewandelt gesehen hätten, aber die Planer wollten es eben anders. Das beherrschende Thema der letzten Zeit war der Platz der Deutschen Einheit, die Mehrheit im Stadtparlament und auch im Ortsbeirat hat für die Großsporthalle mit Geschäftshaus votiert, die wir nach wie vorher ablehnen (siehe Artikel S. 9). Die Mehrheit im Stadtparlament und im Ortsbeirat ist auch höchst angetan von der Gestaltung des Faulbrunnenplatzes, die wir abscheulich finden. Das Westend hätte im Übergang zur Innenstadt einen schönen Platz ohne dominierenden Klotz verdient, aber die Planer und die politischen Mehrheiten wollten es eben anders.
Individuell gestaltete Wohnhäuser und jede Menge Bäume zeichnen das Westend aus, es hat einen unverwechselbaren Charakter. Immer mehr Gastronomen richten Außensitze ein, im Sommer haben wir fast so etwas wie ein Pariser Straßenleben. Viele Baumscheiben sind bepflanzt und werden gepflegt, das Beispiel könnte noch weiter Schule machen. Jedenfalls hat das Westend Potenziale.
Die Kommunalpolitik vernachlässigt jedoch wichtige Teile des Viertels. In die Entwicklung der Wellritzstraße ist zur Förderung des multikulturellen Zusammenlebens zwar viel Geld gesteckt worden. Auch die Bleichstraße soll jetzt aufgemöbelt werden, was sie zweifellos verdient hat. Aber die großen Wohngebiete weiter westlich scheinen nicht wirklich zu interessieren. Wir haben eine ganz schlimme Verschmutzung. Immer liegen irgendwelche Wohnungseinrichtungen auf der Straße herum, vermutlich meist unangemeldet. Es heißt, daß Auswärtige, zum Beispiel aus Taunusstein, auf der Durchfahrt ihren Sperrmüll im Westend abladen, der kommt dann noch dazu. Am liebsten stellen die Leute ihren Kram vor dem Wochende heraus, damit er wenigstens ein paar Tage liegen bleibt und zerwühlt werden kann. Hier müßte einfach strikter durchgegriffen werden, in andern Kommunen schafft man das auch. Die Straßenreiniger müßten beim Kehren gleich den Sperrmüll melden, um nur eine Verbesserungsmöglichkeit zu nennen.
Kaum sind die Straßen gekehrt, liegen sie wieder mit Abfall voll, es fehlt eben eine konsequente Sauberkeitspolitik (siehe Artikel S. 14). Die Haltestellen sind meist in einem schauderhaften Zustand. Anträge von uns zu diesem Sachverhalt haben bisher keine Wirkung gehabt. Die zuständige Verwaltung bleibt bei vielen

*Der Elsässer Platz ist bloß eine riesige Abstellfläche für Autos* *Foto: T. Reiß*

Verstößen gegen die Gefahrenabwehrverordnung untätig. So ist es beispielsweise nicht erlaubt, Zeitungen und Werbematerial vor den Haustüren abzulegen, weil sie nämlich in Kürze in der Straße herumfliegen. Wir haben die Verwaltung aufgefordert, das abzustellen und zu dem Zweck mit den Verteilerdiensten zu reden. Bisher ist nichts Sichtbares geschehen. Von verantwortungslosen Hundebesitzern, Spayern und den Geistern der Zerstörung, die nachts unterwegs sind, wollen wir gar nicht reden. Diese Problematik müßte mit stringenten Konzepten gelöst werden, die werden immer mal versprochen, aber nie ausgeführt.
Der Blücherplatz müßte unserer Meinung nach neu geordnet und umgestaltet werden, es werden da Alkohol und Drogen konsumiert, verdreckt ist er eigentlich immer und nachts lungern darauf wenig vertrauenserweckende Gestalten herum. Ihn zu später Stunde zu passieren kann besonders Frauen riskant erscheinen.
Der Elsässer Platz ist bloß eine riesige Abstellfläche für Autos. Alle Bemühungen, dort eine Tiefgarage zu errichten, sind gescheitert, der Investor hat sich nicht gefunden, und wenn er sich gefunden hätte, wäre wahrscheinlich das Parken bis in die Nebenstraßen hinein ein teurer Spaß geworden. Im Augenblick kann man da eigentlich nicht mehr machen als Ordnung schaffen, Bäume rundherum pflanzen und den Platz durch Begrünung etwas ansehnlicher erscheinen lassen.
Wir sind der Meinung, daß der Einzelhandel im Westend mit allen Mitteln gefördert werden sollte. Dazu gehört auch ein besserer Schutz der Geschäfte und natürlich auch der Privatleute gegen kriminelle Übergriffe. Es gibt so gut wie keinen Laden, der nicht mit Einbruch und Überfall zu tun gehabt hat. Unabdingbar ist stärkere Polizeipräsenz, die Einrichtung des Ortspolizisten müßte wieder eingeführt werden.

Michael von Poser

# Sonnenberg

Im Rahmen des – nur zu notwendigen - Hochwasserschutzes am Rambach wurde von der Verwaltung eine Planung für die Neugestaltung des Hofgartenplatzes entwickelt. Dabei sollte eine einst umstrittene Idee, nämlich den Bach freizulegen, verwirklicht werden. Aus technischen Gründen ist daraus eine Monstrosität geworden: ein tiefer Kanal mit Treppenstufen und Schutzmauern. Da durch diese Konstruktion viele Parkplätze verloren gehen, will man den Hang anbaggern und mit einer neuen, viel höheren Stützmauer versehen.
Dieses Vorhaben ist in sich widersprüchlich. Denn durch die Freilegung des Baches sollte ja der Platz an Lebendigkeit und Natürlichkeit zurückgewinnen. Während jetzt ein totes großstädtisches Konstrukt herauskommt, das auf keinen Fall nach Sonnenberg paßt. Der Charme von Sonnenberg besteht in Resten des ländlichen Charakters, deswegen ist auch der Monumentalbau eines Altenheims an der Danziger Straße zwischen historischen Bauten im Landhausstil so störend. Sonnenberg mit seiner Burg muß aufpassen, daß es nicht bis zur Unkenntlichkeit verbaut wird.
Um die entstellende Planung für den Platz abzurunden, will der Ortsvorsteher an der Spitze zur Danziger Straße hin ein 4 Meter hohes Kunstwerk aufstellen, das aus einem künstlerischen Wettbewerb hervorgegangen ist. Es handelt sich um einen großen, leicht verbogenen, einfarbigen Klotz, der auf den Turm der Burg hinweisen soll. Der Burgturm ist aber selbst da, und durch das Kunstwerk wird der Blick auf ihn nur verstellt. Da

*Der Hofgartenplatz in Sonnenberg* *Foto: T. Reiß*

ist doch der Brunnen mit der kleinen Replik der Burg bescheidener. Die vom Ortsvorsteher gewünschte Installation wäre vielleicht für ein Industriegebiet geeignet, über welches Sonnenberg noch nicht verfügt.
Wir haben einen Architekten eine Zeichnung entwickeln lassen, wie es aussähe, wenn der Bach ohne große Vertiefung über den Platz geführt würde, nicht in Beton, sondern einigermaßen naturgemäß gefaßt. Die technische Möglichkeit, es so zu machen, müßte einmal ernsthaft geprüft werden. Bei einer solchen Alternative würden keine oder fast keine Parkplätze wegfallen. Auf jeden Fall ist alles besser, auch die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, als die absurden Pläne der Verwaltung.

Michael von Poser

# Biebrich

Dieser größte Vorort von Wiesbaden ist eine Welt für sich. Zum Beispiel gibt es dort noch einen interessanten Einzelhandel, während die Wiesbadener Innenstadt ziemlich weitgehend in der Hand von Ketten und Billigläden ist. Diesen Einzelhandel müßte man schützen gegen die Konkurrenz der Großmärkte. Deren hemmungsloser Ausbau an Äppelallee und Hagenauer Straße (siehe Artikel Möbelmarkt contra Möbelmarkt S. 4) wurde einst von den Kommunalpolitiker gefördert, die jetzt über die bösen Folgen lamentieren.
Verzweifelt versucht man den übermäßigen Verkehr zu kanalisieren und die Wohnbevölkerung gegen den Lärm und die Einkreisung durch Automassen zu schützen. Kleine Verbesserungen an Kreuzungen werden da nicht viel bringen, man muß an einschneidendere Maßnahmen denken und sollte u.a. prüfen, ob z.B. die Hagenauer Straße zur Einbahnstraße gemacht werden kann.
Auf das Rheinufer mit dem Schloß muß man immer ein Auge haben, weil das ein Lieblingsort für Planspiele ist. Glücklicherweise ist bislang der Bau eines gigantischen Kohlekraftwerks gegenüber auf der Ingelheimer Aue verhindert worden, die KMW haben sich aber keineswegs endgültig von der Idee verabschiedet, also Vorsicht!
Wir finden die bisherigen Umgestaltungen an der Promenade nicht überzeugend, ein Sammelsurium von Aufbauten, die nicht zusammenpassen, ein Architektenwunder von Kiosk, der magerer nicht hätte ausfallen können, häßliche Lampen, die einst die Innenstadt zieren sollen, die Haltestelle immer verdreckt. Schön wäre es, wenn die Gastronomen mit Außensitzen am Rhein sich noch weiter ausbreiten würden.
Über die Fortsetzung der Promenade Richtung Amöneburg erfährt man zuwenig. Ganz abwegig ist die geplante Großbebauung mit Parkhaus in der Höhe der Kurfürstenstraße. Beim Zollhaus wehrt sich der Denkmalschutz gegen exzessive Investorenwünsche und es ist von einer Tiefgarage unter dem Kirchengelände gegenüber die Rede. Die Tage des schönen Quittenbaums dort dürften gezählt sein. Wenn die Gestaltung des Gehwegs am Rhein so ausfällt wie die vor kurzem vorgenommene am Schiersteiner Hafen, hat auch in Biebrich das Prinzip Totheit gesiegt. Wir bekommen eigentlich nie rechtzeitig anschauliche Visualisierungen zu Gesicht, erst gibts viel Geheimniskrämerei und nachher ist alles fix und fertig und nichts mehr zu machen.
Der im Thorsten Reiß Verlag erschienene Biebrich-Führer zeigt, was der Vorort alles zu bieten hat. Aber wie für ganz Wiesbaden gilt: Leider kommt neuerdings kaum etwas dazu und man muß immer Sorge um den Bestand haben.

Michael von Poser

*Die Hagenauer Straße könnte Einbahnstraße werden.* *Foto: T. Reiß*

# Stadtteilentwicklung Breckenheim

Breckenheim mag hier als ein Beispiel für die östlichen Vororte Wiesbadens stehen. Natürlich hat jeder Ort seine eigenen Probleme, aber den Wunsch, weiteres Bauland auszuweisen, gibt es fast überall. Der Breckenheimer Ortsbeirat hat da einen besonders starken Drang, obwohl das vor kurzem – leider mit Hilfe der Grünen - in einem Biotop eingerichtet Baugebiet an der Ahornstraße nicht eben viel Nachfrage von Breckenheimer Seite erkennen ließ. Immerhin hat der Ort eine Hausbesitzrate von 86,5%. Das Bauland an der Ahornstraße wurde zunächst einmal von Wassermassen überflutet, es war eben ein Biotop.

Trotzdem: vier neue Baugebiete will man haben, die CDU hat, von der SPD unterstützt, einen entsprechenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Der Magistrat soll die Tauglichkeit prüfen. Der Magistrat hat aber vor einiger Zeit die Tauglichkeit schon geprüft und kam zu dem Ergebnis, daß nur ein Gebiet, nämlich das südlich des Friedhofs in Frage kommt, denn zwei liegen in geschützter Landschaft und das dritte würde wegen zu großer Nähe zur Autobahn kostspielige Schallschutzmaßnahmen erfordern.

In der Sitzung im Stadtparlament am 17. Februar wurde eine Andeutung gemacht, daß die SPD, vermutlich unterstützt von der CDU, nur das südlich des Friedhofs akzeptabel sei. Gleichzeitig forderte diese Partei im Stadtparlament die neuerliche Prüfung aller vier Stellen. Solche Dinge darf man nicht dem Parteikalkül überlassen. Der Landschaftsschutz hat Vorrang vor Besitzwünschen, von einer Wohnungsnotlage in Breckenheim ist nichts zu erkennen. Im übrigen müßte erst einmal unvoreingenommen der Bedarf ermittelt werden.

*Breckenheim Ahornstraße* *Foto: K.H. Maierl*

Seit Herbst 2009 gibt es im Ortsbeirat die Bestrebung, Voraussetzungen für seniorengerechtes Wohnen zu schaffen. In diesem Zusammenhang wird über die Verlegung des Spielplatzes an der Golfstraße nachgedacht, um im Ortsmittelpunkt eine solche Möglichkeit zu schaffen.

In Breckenheim vorhanden sind ein städtischer Kindergarten an der Klingenbachstraße und die Elterninitiative „Hampel und Strampel“ Am Buchenhain. Der Kindergarten verfügt über eine ausreichende Freifläche auf dem eigenen Grundstück; Hampel und Strampel nutzt intensiv den vorhandenen Spielplatz an der gut erreichbaren Golfstraße, da ein eigenes Gelände nicht zur Verfügung steht, ebenso Breckenheims Kinder.

Das Grundstück an der Golfstraße weist aufgrund seiner Größe nur bedingte Eignung für seniorengerechtes Wohnen auf. Es wären nur einige wenige Wohnungen errichtbar, ein wirtschaftlicher Betrieb durch einen sozialen Träger scheidet also offensichtlich aus. Die Verlegung des Spielplatzes schei-

am Ortsrand von Breckenheim keine Eigenheime, sondern Wohnsiedlungen bauen will. Das ist deshalb pikant, weil die SPD Breckenheim in einem Flugblatt vor der Wahl 2006 sich noch empört über die Absicht gezeigt hat, überhaupt in Landschaftsschutzgebiete zu bauen, und noch im Februar dieses Jahres bestätigt hat, daß von den vier vorgeschlagenen Baugebieten

tert an weiteren sachlichen Voraussetzungen: Das Ersatzgrundstück am Mühlgartenweg steht nicht zur Verfügung. Es befindet sich überwiegend in Privatbesitz. Nicht geklärt ist die Finanzierung des Vorhabens. Realisierungschancen: Eher ungewiß!
Fragwürdig ist, warum aus einer für Kinder sicheren Lage an der Golfstraße – die eine reine Wohn- und außerdem Stichstraße ist – eine verkehrsreiche Variante an der Klingenbachstraße/Mühlgartenweg angestrebt wird, verbunden mit erheblicher Verkehrsgefährdung der Kinder. Ortsansässige können das zeitweilige Chaos dort gut beurteilen.
Außer Frage steht: Der Altersentwicklung muß auch in Breckenheim Rechnung getragen werden. Wenn man weiß, daß der Anteil der 50 – 64jährigen ca. 22 % beträgt, der der 65 – 74jährigen ca. 16 %, so ist ein Handlungsbedarf unschwer abzuleiten. Im Verhältnis zur Gesamtstadt Wiesbaden sind die Anteile dieser Altersgruppen übrigens um einige Prozentpunkte höher!
Es ist zu wünschen, daß sich der neue Ortsbeirat realitätsnah und zukunftsorientiert mit den anstehenden Problemen auseinandersetzt und hierbei auch mehr Bürgernähe beweist. Hier sollten neue Wege beschritten werden. Denkbar wären eine Bürgerbefragung oder Versammlung interessierter Breckenheimer, um das tatsächliche Interesse und den Bedarf festzustellen. Dann gäbe es eine sinnvolle Planungsgrundlage.

Heinz Reuter

# Spielhallenunwesen

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt zur Zeit über 53 Spielhallen (bei 4 weiteren im Entstehen). Die Öffnungszeiten dieser Einrichtungen betragen dabei bis zu 23 Stunden täglich. Dies bedeutet, daß ein Bewohner unserer Stadt problemloser und wohnungsnäher sein Geld verspielen als etwa Lebensmittel oder Güter des täglichen Bedarfs kaufen kann.
Nun ist fraglos das Freizeitverhalten der Bürger ihre ureigenste Privatsache. Dies ändert sich erst dann, wenn dieses Verhalten sozialschädliche oder pathologische Formen annimmt. Dies trifft für die Mehrzahl der Spielhallenbesucher gemäß belastbarer, schon lange vorliegender Untersuchungen zu. Eine Befragung der Spielhallenkunden durch das Bundeswirtschaftsministerium ergab, daß die Hälfte gemäß Selbsteinschätzung die Kontrolle über das Spielen verloren hat, mit entsprechenden fatalen Folgen für die wirtschaftliche Selbstbestimmung. 2009 betrugen die Bruttospielerträge übrigens 3,3 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund ist es schwer verständlich, warum der Magistrat ohne erkennbare Gegenwehr in Wiesbaden 57 Spielhallen entstehen ließ. Auf Bundesebene ist jedenfalls die exzellente Lobbyarbeit der Automatenhersteller und Automatenaufsteller bekannt. Nach einem Bericht des „Spiegel“ unterstützte ein Automatenkönig das Fest von Minister Brüderle im Mainzer Schloß anläßlich seines 25. Dienstjubiläums als FDP-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, während der FDP-Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms einst selbst ein Unternehmen für Spielautomaten besaß.
Wie diese Einflußnahme auf die Gesetzgebung näher gestaltet wird, bleibt der Phantasie des Betrachters überlassen. *Honi soit qui mal y pense* .
Möglicherweise weil im März Kommunalwahlen stattfinden, hat jetzt auch der Magistrat sich mit diesem Thema befaßt. Nachdem 57 Spielstätten nicht verhindert wurden, soll in Zukunft das Baurecht zur Verhinderung weiteren Übels herhalten. *Die Botschaft hör´ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.*

Günter Schaefer


## Impressum

Postanschrift:
Bürgerliste Wiesbaden
Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus, Zimmer 308
65183 Wiesbaden
Geschäftsstelle der Fraktion:
Rathaus, 3. Stock, Zimmer 308
Telefon: 0611 313160/59
Fax: 0611 316926
Mail: BLW-Fraktion@wiesbaden.de
www.BLW-Fraktion.de
Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer:
Karl Heinz Maierl
Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Redaktion:
Michael von Poser, Thorsten Reiß, Andrea Monzel
Layout: Andrea Monzel
V.i.S.d.P.: Fraktion Bürgerliste Wiesbaden
Ausgabe 1 - 2011 (Nr. 15)
Auflage : 100.000

Für den Inhalt der nichtredaktionellen Beiträge sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.